

Antrag

der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Anette Hübinger, Dr. Wolf Bauer, Hartwig Fischer (Göttingen), Norbert Geis, Manfred Grund, Jürgen Klimke, Hartmut Koschyk, Sibylle Pfeiffer, Dr. Norbert Röttgen, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU

und der Abgeordneten Dr. Sascha Raabe, Gregor Amann, Elvira Drobinski-Weiß, Detlef Dzembitzki, Gabriele Groneberg, Stephan Hilsberg, Iris Hoffmann (Wismar), Dr. Bärbel Kofler, Walter Kolbow, Ute Kumpf, Lothar Mark, Thomas Oppermann, Christel Riemann-Hanewinckel, Walter Riester, Heinz Schmitt (Landau), Frank Schwabe, Dr. Ditmar Staffelt, Hedi Wegener, Dr. Wolfgang Wodarg, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

sowie der Abgeordneten Ute Koczy, Undine Kurth (Quedlinburg), Thilo Hoppe, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Renate Künast, Fritz Kuhn, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Hans-Josef Fell, Kai Gehring, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Markus Kurth, Anna Lührmann, Nicole Maisch, Jerzy Montag, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Krista Sager, Manuel Sarrazin, Dr. Gerhard Schick, Rainer Steenblock, Silke Stokar von Neuforn, Hans-Christian Ströbele, Jürgen Trittin, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorschlag Ecuadors für den globalen Klima- und Biodiversitätsschutz prüfen und weiterentwickeln – Schutz des Yasuní-Nationalparks durch Kompensationszahlungen für entgangene Einnahmen erreichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Vorschlag Ecuadors vom 5. Juni 2007, das Gebiet Ishpingo-Tambococha-Tiputini (ITT) im Nationalpark Yasuní vor Beeinträchtigungen durch die Förderung von Erdöl zu schützen, ist ausdrücklich zu begrüßen. Er ist von besonderer Bedeutung für den Erhalt eines weltweit einmaligen Biosphärenreservates und für den Schutz der dort lebenden indigenen Völker. Darüber hinaus ist er eine Bereicherung für die notwendige Diskussion über den Beitrag der Entwicklungsländer zum globalen Klimaschutz und den Wert der biologischen Vielfalt. Im Gegenzug für den Schutz des ITT-Gebietes und den Verzicht auf die Ölförderung, was durch international bindende Verträge dauerhaft gesichert werden soll, fordert Ecuador, dass sich die internationale Gemeinschaft auf Kompensationszahlungen an Ecuador verständigt. Dabei steht der Schutz der Biodiversität

im Vordergrund und nicht der Verzicht auf die Nutzung von Erdölvorkommen. Es soll kein Präzedenzfall geschaffen werden, der die internationalen Klimaschutzverhandlungen durch unerfüllbare Finanzforderungen erdölfördernder Länder gefährdet.

Ecuador erwartet, dass verschiedene Geber die Hälfte der erwarteten Einnahmeausfälle als Beitrag zur Erhaltung des Funktions- und Existenzwertes des weltweit einmaligen Ökosystems Yasuni finanzieren. Dies wären nach aktuellen Berechnungen 350 Mio. US-Dollar pro Jahr über einen Zeitraum von dreizehn Jahren. Die ecuadorianische Regierung selbst will die andere Hälfte tragen, was für das Land ein enormer Kraftakt wäre, aber gleichzeitig auch ein Signal für die Ernsthaftigkeit ihres Vorschlags. Präsident Rafael Correa hat eine Frist von einem Jahr gesetzt, innerhalb derer verbindliche Finanzzusagen für einen Kompensationsfonds abgegeben werden können. Ist die Finanzierung nach Ablauf der Frist im Juni/Juli 2008 nicht gesichert, so ist davon auszugehen, dass der Schutzstatus aufgehoben und das Ölfeld im ITT-Gebiet zur Förderung freigegeben wird. Die Folgen im Falle der Ölförderung wären für den Yasuni-Nationalpark unumkehrbar. Die Schäden durch die infrastrukturelle Erschließung sind immens. Mit dem Verlegen der Pipelines und dem damit verbundenen Straßenbau ziehen Menschen in den Urwald nach, roden den wertvollen Baumbestand und lassen sich dort nieder. Die lokale indigene Bevölkerung wird zwangsläufig aus ihrem ursprünglichen Lebensraum verdrängt werden. Der Zustand schon erschlossener Gebiete im Amazonas ist katastrophal, da mangelndes Bewusstsein, Unzuverlässigkeiten und Leckagen zu einer schleichenden Vergiftung des Amazonas beitragen.

Im Januar dieses Jahres hat die Regierung Ecuadors ihren Willen bekräftigt, ihren Vorschlag umzusetzen. Sie hat ein ITT-Sekretariat eingerichtet und einen ITT-Sonderbeauftragten eingesetzt, um die Realisierung des Vorschlags voranzutreiben. Der ITT-Sonderbeauftragte Francisco Carrión Mena hat seitdem in zahlreichen Staaten – so auch im März in der Bundesrepublik Deutschland – den ITT-Vorschlag im Gespräch mit Parlamentariern und Regierung vorgestellt. Zur Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten für noch offene Fragen hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereits Hilfe und Mittel für den Einsatz von Kurzzeit-Experten bereitgestellt.

Das Gebiet Ishpingo-Tambococha-Tiputini (ITT) ist ein Teil des Nationalparks Yasuni. Yasuni liegt in der nordwestlichen Amazonas-Region und gilt aufgrund seiner einzigartigen Artenvielfalt als Weltnaturschutzerbe. 1989 wurde er von der UNESCO ins Biosphärenschutzprogramm aufgenommen. Auf einem Hektar finden sich im Yasuni-Nationalpark fast genauso viele Baumarten, wie in ganz Nordamerika zusammen, auf einem Baum finden sich mehr Käferarten als in ganz Europa und von den 1 300 Vogelarten des gesamten Amazonasbeckens beheimatet der Yasuni 567. Auf dem Gebiet des Nationalparks leben indigene Völker, deren Kultur und Lebensweise eng mit dieser Naturvielfalt und dem Wald verbunden sind. Unter ihnen sind die Tagaeri und Taromenane, die bis heute ohne Kontakt zur Zivilisation leben und die auch das ITT-Gebiet bewohnen.

Trotz des Schutzanspruches des Yasuni als Nationalpark gibt es im Amazonasraum Ecuadors bereits seit geraumer Zeit Ölfördergebiete, so genannte Blocks, die zum Teil auch auf das Gebiet des Yasuni reichen. Der ITT-Block liegt fast zur Gänze auf dem Gebiet des Nationalparks und beherbergt nachweislich mindestens 412 Mio. Barrel Öl. Schätzungen gehen jedoch insgesamt von etwa 920 Mio. Barrel aus. Die Förderung des Öls in dieser Gegend wäre mit hohen ökologischen Schäden verbunden und würde den Lebensraum ursprünglicher autochthoner Kulturen vernichten. Denn die bisherigen Erfahrungen mit Standards und Sicherung der 40-jährigen Ölförderung in Ecuador sind katastrophal und sie trägt heute noch zur großflächigen Verseuchung des Lebensraums bei. Darüber hinaus forciert sowohl die Ölförderung durch Vernichtung von Wald-

flächen als auch die spätere Nutzung des Öls den Klimawandel, da fossile Energieträger ebenso wie die Entwaldung zu den Hauptverursachern des Klimawandels gehören. Allein die Rodung der Urwälder trägt mit etwa 20 Prozent zur jährlichen weltweiten CO₂-Emission bei. Freigesetzt wird hierbei nicht nur der Kohlenstoff, der in der Vegetation gespeichert ist, sondern auch der aus dem Boden.

Auf Initiative des ehemaligen Energieministers Alberto Acosta übernahm die ecuadorianische Regierung unter Präsident Rafael Correa am 5. Juni 2007 offiziell den Vorschlag, zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und des Lebensraumes indigener Völker das Öl aus dem ITT-Gebiet nicht zu fördern und damit auf geschätzte jährliche Einnahmen von etwa 700 Mio. US-Dollar zu verzichten. Ecuador geht davon aus, dass sich in den ersten 13 Jahren der Ölförderung im ITT-Gebiet diese Summe erwirtschaften lässt, danach sinken Produktivität und Einnahmen kontinuierlich. Voraussetzung für die Umsetzung des Vorschlags ist, dass die internationale Gemeinschaft 13 Jahre lang die Hälfte der prognostizierten Einnahmen, also 350 Mio. US-Dollar jährlich, in einen Fonds einzahlt. Für die andere Hälfte will Ecuador selbst aufkommen. Im Gespräch ist auch die Kapitalisierung eines Fonds, der – mit einem Kapital von 4 Mrd. US-Dollar ausgestattet – eine fortlaufende Rendite in Höhe des von Ecuador geforderten jährlichen Beitrags erwirtschaften könnte. Aus dem Fonds will Ecuador in Sozialprojekte, den Aufbau alternativer Energiequellen, Natur- und Umweltschutzprojekte und Ökotourismus investieren. Im Gegenzug will sich Ecuador über international bindende Verträge verpflichten, das ITT-Gebiet dauerhaft unter Schutz zu stellen und von Beeinträchtigungen für die biologische Vielfalt und den Lebensraum indigener Völker durch die Ölförderung abzusehen. Denkbar wäre auch die Ausstellung von Schuldscheinen, die die Geber entsprechend ihres eingezahlten Betrags erhalten. Sollte Ecuador die Vereinbarung brechen und das Öl zur Förderung freigeben, müsste es die Beträge an die einzelnen Geber zurückzahlen.

Die ecuadorianische Regierung hat verschiedene Möglichkeiten vorgeschlagen, wie sich die Kompensationszahlungen zusammensetzen könnten:

- Schuldenerlasse (bilaterale Schulden, Schulden beim Pariser Club, Schulden bei multilateralen Organisationen),
- Beiträge von Staaten,
- Beiträge von Nicht-Regierungsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen,
- Beiträge von Einzelpersonen.

Im Juni/Juli 2008 läuft die von Präsident Correa zunächst gesetzte Frist von einem Jahr aus. Danach soll durch verbindliche Finanzausgaben bzw. Finanzierungsvorschläge die Umsetzung des ITT-Vorschlags gesichert sein. Ansonsten wird Ecuador mit der Ausbeutung der Ölvorkommen im ITT-Block beginnen. Allerdings hat Präsident Correa den Vorschlag erst im September 2007 vor der UN-Vollversammlung vorgestellt. Ein technisches Sekretariat und einen Sonderbeauftragten der Regierung zur Unterstützung des Vorschlags gibt es seit Januar dieses Jahres, in dem die vielfältigen, jetzt anstehenden Fragen geklärt werden sollen. So ist unter anderem zu klären, wer den einzurichtenden Fonds verwaltet und wie eine verbindliche Regelung zum Schutz des ITT-Gebietes ausgestaltet werden soll. Zudem gilt es verlässliche Berechnungen über die Ölvorkommen im ITT-Block vorzunehmen und sich auf einen Berechnungsmodus für die möglichen Einnahmen durch Ölförderung zu verständigen. Eine Verlängerung der Frist bis zum Ende des Jahres 2008 ist deshalb unbedingt notwendig, um strittige Fragen zu klären und Vorschläge zur Umsetzung zu erarbeiten, um so das Vertrauen potentieller Geber – Staaten wie Organisationen

wie Zivilpersonen – zu gewinnen und diesen zukunftsweisenden Vorschlag erfolgreich umzusetzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich bei der Regierung Ecuadors für eine Verlängerung der Frist bis zum Ende des Jahres 2008 einzusetzen, um eine genauere Prüfung der Vorschläge zu ermöglichen und eine solide, wissenschaftlich abgedeckte Entscheidungsgrundlage für eine Annahme des Vorschlages zu schaffen;
2. neben ihrer allgemeinen Unterstützung des ITT-Vorschlags, grundsätzlich ihre Bereitschaft zu erklären, sich nach Findung eines soliden, gerechten und möglichst haushaltsschonenden Finanzierungsmechanismus gemeinsam mit anderen Gebern im Rahmen der geltenden Haushaltsplanung des Bundes finanziell zu beteiligen;
3. die Regierung Ecuadors bei der Erarbeitung konkreter Vorschläge zur Einrichtung eines Kompensationsfonds und bei der Einbindung anderer bi- und multilateraler Geber zu unterstützen;
4. dazu die Erstellung einer Studie zu initiieren, die die kritischen Fragen (zum Beispiel Unsicherheiten hinsichtlich des tatsächlichen Ölförderpotenzials und damit der Inwertsetzung des ITT) und technischen Probleme bei der Verwirklichung des ITT-Vorschlags (einschließlich Schutzgebietsmonitoring) aufgreift, Lösungsansätze aufzeigt und Finanzierungsoptionen zur Kompensation benennt. Anknüpfungspunkt für die Leistung von Kompensationszahlungen bildet dabei die Erhaltung der biologischen Vielfalt in dem Gebiet;
5. dabei sicherzustellen, dass ein etwaiger Kompensationsmodus nachhaltig, transparent, effizient und im Sinne der lokalen Bevölkerung gerecht gestaltet wird und von etwaigen politischen Veränderungen vor Ort unangetastet bleibt;
6. einen Schuldenerlass für Ecuador als Beitrag zu den Kompensationszahlungen nochmals zu prüfen und bei den Partnern innerhalb der Europäischen Union bzw. des Pariser Clubs für ein debt-for-nature-swap zu werben;
7. innerhalb der EU und der OECD diese Initiative zu befördern und möglichst viele Partnerregierungen für ein finanzielles und politisches Engagement zu gewinnen;
8. in diesem Zusammenhang auch darauf hinzuwirken, dass der Schutz des Yasuní-Nationalparks insgesamt politisch gestärkt und Ecuador technisch dabei unterstützt wird, dieses Gebiet wirkungsvoll zu schützen bzw. nachhaltig zu nutzen, um alternative Einnahmequellen für die örtliche Bevölkerung zu erschließen;
9. darüber hinaus zu prüfen, inwieweit der ITT-Vorschlag bzw. der gefundene Finanzierungs- und Verteilungsmechanismus grundsätzlich Erfahrungswerte für den Schutz vergleichbarer sensibler Ökosysteme in Entwicklungsländern liefern kann und inwieweit dieser Mechanismus dann in ein künftiges internationales Finanzierungsregime überführt werden könnte, um singuläre Fonds-Lösungen zu überwinden.

Berlin, den 25. Juni 2008

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion
Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion